

## B.Z. Berlin - Auch Schüler wollen wählen

15. Juli 2014 von **Jochen Gößmann**

Sie fühlen sich in ihren Grundrechten verletzt. Deshalb fechten sie vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe das Ergebnis der Bundestagswahl 2013 an.



15 Jugendliche wollen die Altersgrenze bei Wahlen in Deutschland abschaffen – und finden dabei die Unterstützung hochrangiger Politiker.

“16 Millionen Deutsche sind vom Wahlrecht ausgeschlossen, weil sie unter 18 sind”, sagte der Schüler Felix Finkbeiner (16) aus Bayern Dienstag in Berlin. Die Folgen könne man an der Rente mit 63 studieren, die vom Bundestag gerade beschlossen wurde – für Finkbeiner ein “Milliardengeschenk an die Rentner”, das die Jugend schultern müsse. “Die Parteien würden die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen mehr berücksichtigen, wenn diese Zielgruppe direkten Einfluss auf das Wahlergebnis nimmt.”

Ex-Familienministerin Renate Schmidt (SPD), der Bundestagsabgeordnete Jens Spahn (CDU) und Lore Maria Peschel-Gutzeit (SPD) unterstützen die Pläne. Die frühere Berliner Justizsenatorin plädiert für ein Wahlrecht von Geburt an. Spahn schlug ein Familienwahlrecht vor, bei dem Eltern das Wahlrecht für ihre Kinder übernehmen könnten. Er kündigte eine fraktionsübergreifende Initiative im Bundestag an.

Mit seiner Wahlprüfungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht will Finkbeiner erreichen, dass die Bundestagswahl 2013 wegen der Beschränkung des Kreises der Wahlberechtigten für ungültig erklärt wird.

Bislang hat das höchste deutsche Gericht das Ergebnis einer Wahl noch nie für ungültig erklärt.

**Thema:**

---